27. Dezember 2007, von Michael Schöfer Papier ist bekanntlich geduldig

Unionspolitiker fordern von den Muslimen in Deutschland eine Gewaltverzichtserklärung. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) erwartet von ihnen gegenüber der Ausländerbehörde eine ganz klare Distanzierung von jeder Gewalt, Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) verlangt außerdem ein eindeutiges Bekenntnis zum Grundgesetz: "Wer das nicht akzeptiert und sich verweigert, muss das Land verlassen." [1] Tolle Idee. Aber genau betrachtet sollten nicht nur Muslime eine Gewaltverzichtserklärung und ein eindeutiges Bekenntnis zum Grundgesetz abgeben, sondern auch alle anderen potentiellen Rechtsbrecher.

Wie wäre es, etwa von den Neonazis eine schriftliche Gewaltverzichtserklärung zu verlangen, immerhin verüben sie immer wieder Übergriffe auf Ausländer und Andersdenkende? Den Respekt vor jüdischen Friedhöfen könnte man dabei gleich integrieren. Sicherlich werden sie sich daran halten, und die Länder können beruhigt weiter Polizeibeamte abbauen. Autonome unterschreiben, nicht mehr militant zu sein. Kraftwerksbetreiber, keine AKW-Unfälle zu vertuschen. Die Reporter der BILD-Zeitung, nicht zu lügen. Manager sollten sich gegenüber den Behörden verpflichten, keine Bestechungsgelder zu zahlen oder schwarze Kassen anzulegen. Steuerhinterziehung wäre dann für sie ebenfalls tabu, das macht etliche Finanzbeamte überflüssig.

Betriebsräte hätten auf Lustreisen zu verzichten, insbesondere auf solche nach Brasilien, und jeglichen Umgang (Geschäftsverkehr) mit Prostituierten zu meiden. Politiker sollten schwören, immer die Wahrheit zu sagen und stets dem Willen des Volkes (nicht dem der Lobbyisten) zu folgen. Eltern unterschreiben, keine Kinder zu vernachlässigen. Autofahrer, immer ordnungsgemäß zu parken und niemals die vorgeschriebene Geschwindigkeit zu überschreiten. Köche, sich nach jedem Toilettenbesuch die Hände zu waschen. Ärzte, keine überflüssigen Medikamente zu verschreiben. Sportler, nicht zu dopen. Pfarrer, strikt den Zölibat zu beachten. Überhaupt, mit einer verbindlichen Erklärung könnte man fast alles regeln und dadurch gefährliche Fehlentwicklungen in der Gesellschaft von vornherein verhindern. Unterschrieben ist unterschrieben. Warum man darauf nicht früher gekommen ist...

Weil wir von jedem Bürger, ob Ausländer oder Deutscher, ob Katholik oder Moslem, ob reich oder arm, ob Mieter oder Hausbesitzer, mindestens ein Dutzend schriftliche Erklärungen zu verlangen hätten, müssten die Behörden zur Verwaltung derselben jede Menge Jobs schaffen, die andernorts wegfallen. Das hilft dem Staat, weil es Arbeitslosengeld einspart. Wäre ich Terrorist, ich würde bestimmt als Erster unterschreiben. Damit wäre ich wohl von jedem Verdacht befreit, schließlich hätten es die Behörden schriftlich, dass ich keine Bomben lege. Papier ist bekanntlich geduldig.

[1] Die Welt vom 22.12.2007